

# Kleeblatt Nr. 5

November 1985  
SPD-Ortsverein  
Allensbach



Wlafried Schrott ist der jüngste SPD-Bundestagskandidat, den der Wahlkreis Konstanz je erlebte. W. Schrott ist dennoch kein politischer Neuling. 1980 wurde Schrott als jüngster Kandidat in den Singener Stadtrat gewählt. Seine aufmüpfige und mutige Arbeit wurde durch eine glänzende Wiederwahl 1984 bestätigt, und sein Einfluß innerhalb der Fraktion und der Partei wuchs mit den Erfolgen seiner Ideen. Spätestens seitdem von ihm mitgestalteten OB-Wahlkampf in Singen, der zur überzeugenden Wiederwahl des SPD-Oberbürgermeisters Möhrle führte, war klar, daß ein neuer Aufbruch für die SPD nicht an Wlafried Schrott vorbeiführen wird: Die Delegierten der Kreis-SPD entschieden sich dann auch am 7.12.85 in Aach für den Dreißigjährigen. Wer ist nun dieser Wlafried Schrott? (Fortsetzung S.4)

**Rote Karte für die  
Wende-Regierung**

# Interview: Christa Ulmer

von Ilse Willauer

Christa Ulmer wurde in Freiburg geboren. Nach dem Abitur Studium in Heidelberg. Erste Dienststelle als Lehrerin in Karlsruhe-Durlach. 1968 Verheiratung nach Freiburg. 1970 und 1973 wurden die beiden Söhne geboren. Seit 1973 Lehrerin in Dettingen, später in Allensbach. Heute unterrichtet Christa Ulmer in Hegne die Klassen 1 - 4 als Fachlehrerin mit besonderer Neigung für Musik und Sport. 1980 erste Kandidatur für den Ortschaftsrat in Kaltbrunn. Seit 1980 Mitglied der SPD und seit 1986 Vorsitzende des Ortsvereins.

**Mehrheit  
für  
Gleich-  
berechtigung.**

**Frage:** Christa, Du bist die erste Frau, die in der - wie sich erst jetzt herausstellte - über 60 jährigen Geschichte des Allensbacher SPD-Ortsvereins - den Vorsitz übernommen hat. Welche Beweggründe hattest Du, diese Aufgabe zu übernehmen?

**Antwort:** Seit langem schon wird den Frauen von den Männern mangelndes Engagement in der Politik vorgeworfen. Es gibt viele Gründe, warum Frauen sich nicht so leicht politisch engagieren. Einer ist ganz sicher in der Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter, aber auch in ihrer Berufstätigkeit zu sehen. Nachdem meine Kinder größer waren, kam für mich der Punkt, an dem ich nicht nur über politische Themen diskutieren, sondern selbst etwas tun wollte, wobei es mir besonders um Umweltprobleme, den Rüstungswahnsinn und den Hunger in der Dritten Welt geht. Um an der politischen Willensbildung mitzuwirken, bot sich mir die Mitarbeit in der SPD an. 1980 bin ich in die SPD eingetreten, war Pressereferentin, bekam Lust, eine Ortsvereinszeitung, unser "Kleeblatt", zu starten. Über die Arbeit mit dem "Kleeblatt" bin ich rasch in die örtlichen aktuellen Themen reingekommen. So war es für mich auch selbstverständlich, daß ich mich zur Verfügung stellte, als mein Vorgänger, Heinz Baumann, nicht mehr für den Vorsitz kandidierte.

**Frage:** "Frauen in die Parlamente", "Frauen in die verantwortlichen Positionen in der Partei"! Diese Forderungen werden gegenwärtig von Frauen aller Parteien unüberhörbar erhoben und wollen in die Tat umgesetzt werden. Einmal abgesehen von den Allensbacher SPD-Frauen - sie sind mit zwei Frauen im Vorstand des Ortsvereins und einem Anteil von 25% in der Gemeinderatsfraktion im Vergleich zu den CDU- und FWV-Frauen sehr gut vertreten - wo ist Deiner Meinung nach der Hebel anzusetzen, um das Ungleichverhältnis zwischen Männern und Frauen in der politischen Verantwortung auf Länder- und Bundesebene zu ändern?

**Antwort:** Zuerst einmal muß den Frauen auf vielen Gebieten Erleichterungen geschaffen werden, damit sie überhaupt Zeit und Kraft für eine politische Tätigkeit haben. Zum Beispiel sollten die Kindergärten ihre Öffnungszeiten nach der Arbeitszeit richten. Ebenso sollte die Halbtagsarbeit sozial abgesichert sein, also keine Zeitverträge, die die Frauen um ihre Rente bringen oder Arbeit mit einer Stundenzahl, die unterhalb der 400,-DM -Lohngrenze liegt und überhaupt keine soziale Sicherheit birgt. Ich kann mir durchaus vorstellen, daß man viele Frauen politisch sensibilisieren kann, zum Beispiel, wenn es darum geht, eine Straße in ihrem Ort so umzugestalten, daß sie ungefährlich wird. Der Umgang dabei mit Behörden -Erfolg oder Mißerfolg eingeschlossen - bringt erste "politische" Erfahrungen. Oder man kann Frauen mit größeren Kindern unterstützen, wieder berufstätig zu werden. Frauen muß aber auch von "oben" geholfen werden. In ihrem neuen Grundsatzprogramm hat die SPD festgelegt, daß Verkürzung und Umverteilung von Arbeit den Frauen den gleichen Zugang wie den Männern zum Erwerbsleben ebnet. Dadurch soll auch erreicht werden, daß Frauen in Parteien die gleichen Beteiligungschancen haben -wenn notwendig- letztendlich durch gesetzliche Vorschriften.

# SPD



**Frage:** Ortsvereinsarbeit ist zäh, bringt nicht allzuviel Erfolgserlebnisse, dafür manchen Frust. Was willst Du unter diesen Voraussetzungen politisch in der Gemeinde und auch innerhalb des Ortsvereins erreichen. Wo sind Deine Schwerpunkte?

**Antwort:** Schwerpunktthema Nr.1 ist derzeit die Straßenplanung in unserer Region. Bereits zu Beginn der Diskussion über den Verlauf der Autobahnstrecke Singen-Konstanz habe ich mich entschieden gegen einen überdimensionierten Ausbau gewandt. Für mich ist das Wichtigste, daß die Straße mit allen erdenklichen Schutzmaßnahmen für die hiesige Bevölkerung ausgestattet wird. Dabei soll aber keinesfalls bisher noch intakte Landschaft zerstört werden!

Ein weiterer Punkt ist mir für meine Arbeit wichtig:

Ich möchte in Gesprächen, wo immer sich die Möglichkeit bietet, Jugendliche, eingefleischte Nichtaktive, enttäuschte Ältere aus der Kriegsgeneration davon überzeugen, daß nur der/diejenige etwas ändern kann, der nicht nach dem Motto "die da oben machen

sowieso, was sie wollen", resigniert, sondern wer im politischen Leben mitwirkt. Ich versuche sie immer wieder zur Mitarbeit anzuspornen.

Dann steht der Wahlkampf ins Haus mit verschiedenen Veranstaltungen. Wir wollen u.a. mit unserem Bundestagskandidaten Walafried Schrott einen Informationsabend über neue Energiesysteme veranstalten.

Aber auch die anderen aktuellen Themen wie Arbeitslosigkeit, Abrüstung, die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl für politisch Verfolgte, die Gleichstellung von Mann und Frau in der Gesellschaft und im Arbeitsleben, die Änderung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes sowie verstärkte Bemühungen um ältere Mitbürger müssen gründlich diskutiert werden. Natürlich hoffe ich, daß die SPD wieder die Regierung übernimmt.

Im Ortsverein freue ich mich, daß es gelungen ist, einige Mitstreiter für unsere Ortsvereinsarbeit zu finden. Im übrigen möchte ich die Individualität jedes Menschen respektieren, auch wenn er eine andere Meinung als meine vertritt.

Die gegenwertige Bundesregierung hatte als ihre Zielsetzung ausgegeben. Frieden schaffen mit immer weniger Waffen. Am Ende ihrer Regierungszeit bleibt festzustellen. In der Mitte Europas sind mehr Waffen, mehr Massenvernichtungsmittel angehäuft, als je zuvor.

Und es werden immer mehr

- Um die Rüstungsindustrie bei Laune zu halten, hat Verteidigungsminister Wörner in diesem Jahr zusätzlich 35 Aufklärungs-Tornados, 150 Leopard II und 2 Fregatten F 122 bestellt.
- Der Anteil des Verteidigungsetats am Gesamthaushalt wird immer größer. Hatte die letzte sozialdemokratische Bundesregierung noch 46.08 Milliarden für das Jahr 1983 vorgesehen, galoppierten die Zahlen danach auf 49.3 (1985) und 50.3 (1986). Für 1987 sind 51,3 Milliarden DM geplant.



**Hier ist was los:**

*Rathausplatz*

*29.11.86*

## *Aufwärmen am Glühweinstand*

will der Ortsverein der SPD alle diejenigen, die beim 3. Allensbacher Weihnachtsmarkt ein paar Geschenke für das Weihnachtsfest suchen.

Zum hausgemachten Glühwein laden wir alle Bürgerinnen und Bürger herzlich ein.



# Der jüngste SPD-Bundestagskandidat Baden-Württembergs kommt aus dem Kreis Konstanz: Walfried Schrott



Geboren 1956 in Rielasingen, Schulzeit in Singen bis zum Abitur, danach Studium in Konstanz. Nach der Zwischenprüfung in den Fächern Politik, Verwaltung und Volkswirtschaft ein Arbeitsaufenthalt am renommierten Massachusetts Institute of Technology in Boston. Rückkehr wegen des Todes seines Vaters. Abschluß als Diplom-Volkswirt an der Uni Konstanz. Danach erneuter Aufenthalt in Nordamerika, diesmal als Mitarbeiter von Hoechst in Kanada. Seit seiner Rückkehr ist er als Reisejournalist und Verleger tätig. Seine politische Prägung erfuhr Walfried Schrott durch ein pazifistisches Elternhaus und die sozialen Realitäten einer Arbeiterstadt wie Singen. Mit 20 Jahren trat er der SPD bei und betätigte sich aktiv bei den Jungsozialisten. Er war mehrere Jahre deren Vorsitzender. Seit 1985 ist er stellvertretender Vorsitzender der Singener SPD und Mitglied im SPD-Kreisvorstand. Ein Schwerpunkt seiner politischen Arbeit ist die Energiepolitik.

## Wege in eine Zukunft ohne Kernenergie!

### Das Interview

**Kleeblatt:** Die SPD hat sich in ihrem Regierungsprogramm 1987-1990 auch zum mittelfristigen Ausstieg aus der Kernenergie geäußert. Welche Ziele verfolgt die SPD mit ihrer Energiepolitik?

**W.Schrott:** Es ist entscheidend, heute die Weichen zu stellen für eine neue Energiepolitik und damit auch für eine neue Energieversorgungsstruktur. Dabei hat sich die SPD die folgenden Ziele gesetzt:

- Verzicht auf Atomenergie
- Entlastung der Umwelt, es darf keine zusätzliche Belastung entstehen
- Schonung der fossilen Energievorräte
- Nutzung der neuen technologischen Chancen
- Vermeidung von Beschäftigungseinbrüchen
- Verantwortung der Kommunen für die Energiepolitik stärken
- Energiesparen belohnen

Die Verwirklichung dieser Ziele kann nur schrittweise erfolgen, aber es muß jetzt damit begonnen werden. Ein sanfter, aber konsequenter Ausstieg aus der Atomenergie heißt für die SPD:

**kein Schneller Brüter in Kalkar, keine Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf und ein schrittweises Abschalten von Atomkraftwerken.**

**Kleeblatt:** Handelt es sich bei dieser Abkehr von der Nutzung der Atomenergie und der Abkehr von der Plutoniumwirtschaft nicht um ein wahltaktisches Manöver, um Stimmen aus dem Lager der Natur- und Umweltschützer zu bekommen?

**W.Schrott:** Die SPD hat sich mit der Forderung, **innerhalb des Zeitraums von 10 Jahren eine Energieversorgung ohne Atomkraft** für die Bundesrepublik zu verwirklichen, ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Dabei handelt es sich nicht um ein wahltaktisches Manöver der SPD. Die Verantwortlichen in der SPD sind sich auch darüber im Klaren, daß auf dem Gebiet der Energiepolitik die Partei ihre Glaubwürdigkeit beweisen muß.

Die SPD hat nicht erst nach Tschernobyl von der Nutzung der Atomenergie Abschied genommen. Schon auf dem Parteitag in Essen 1984 wurde der Beschluß gefaßt, daß die Atomenergie nur für eine Übergangszeit genutzt werden darf. Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hat sicher die Diskussion über den Ausstieg aus der Kernenergie in der SPD beschleunigt, aber die entscheidende Kurskorrektur fand früher statt.

**Kleeblatt:** Welche konkreten Schritte sind nach Meinung der SPD notwendig, um den sanften, aber konsequenten Ausstieg aus der Atomenergie in den nächsten 10 Jahren durchzuführen?

**W.Schrott:** Ich will die einzelnen Schritte stichwortartig vorstellen:

- Änderung des Atomgesetzes, den schnellen

Brüter nicht in Betrieb nehmen und die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf nicht bauen.

- Es werden keine neuen Bau- und Betriebsgenehmigungen für Atomkraftwerke erteilt. Bestehende Reaktoren, die einer Sicherheitsprüfung nicht standhalten, müssen nachgerüstet bzw. stillgelegt werden.
- Die Energiepolitik hat sich an dem Ziel des **Energiesparens** zu orientieren. Durch einen rationelleren Einsatz der Energie sind noch größere Energieeinsparungen möglich. Dazu gehört z.B. die **Wärme-Kraft-Koppelung** oder die Nutzung von **Energie, die im Produktionsprozeß entsteht** und bisher nicht in das Stromnetz eingespeist wird.
- Die dezentrale Energieversorgung auf örtlicher Ebene muß gefördert werden. Die Kommunen haben hier eine neue Aufgabe, denn eine Energieversorgungsstruktur, die auf die örtliche Struktur ausgerichtet ist, benötigt wesentlich weniger Energieeinsatz als die Versorgung über zentrale Großkraftwerke.
- Die Nutzung der heimischen Kohle mit umweltfreundlichen Technologien und die Nutzung erneuerbarer Energiequellen wie z.B. Sonne oder Wind muß stärker gefördert werden.

**Kleeblatt:** Welche Auswirkungen in gesamtwirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht hat der sanfte Ausstieg aus der Atomenergie, wie ihn die SPD fordert?

**W.Schrott:** Das Umsteuern auf eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft ist eine große industriepolitische und technologische Chance. Bei einem Umbau der Energieversorgung innerhalb der nächsten 10 Jahre könnten in den Bereichen Kraftwerksbau, Energieanlagenbau, Energieeinsparotechniken und Bergbau zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, die weit über das hinausgehen, was an Arbeitsplätzen in den Kernkraftwerken und im Atomkraftwerksbau verloren gehen. Dabei ist für uns Sozialdemokraten klar, daß die sozialen Folgen der Umstrukturierung nicht den betroffenen Arbeitnehmern aufgebürdet werden dürfen. Eines ist aber auch jetzt schon offensichtlich: Eine Umstrukturierung der Arbeitsplätze in diesem Bereich wird auf jeden Fall kommen, da schon heute keine neuen Aufträge für Atomkraftwerke mehr vorliegen.

Aus ökologischer Sicht ist der Ausstieg ebenfalls zu befürworten. Die Risiken der Nutzung der Atomenergie werden reduziert, und diese Risiken können, wie wir bei dem Reaktorunfall von Tschernobyl gesehen haben, unvorstellbare Ausmaße annehmen. Zudem führt auch ein verstärkter Einsatz der heimischen Kohle nicht zu einer größeren Umweltbelastung, wenn - wie es die SPD vorschlägt - umweltfreundliche Technologien und moderne Filteranlagen verwendet werden. Ich bin zuversichtlich, daß wir in Deutschland das letzte Kapitel im Buch "Friedliche Nutzung der Kernenergie" schreiben.



# UMSTEIGEN-WOHIN? ZUKUNFTSCHANCEN NEUER ENERGIESYSTEME

*Walafried Schrott*  
SPD-Kandidat  
für den Bundestag

mit

*Dr. Gerhard Lindner*  
Atomphysiker  
an der Uni-Konstanz

DIENSTAG, DEN 25.11.86 — 20 UHR  
GASTHAUS ENGEL

## Strahlenkunde:

**Radioaktive Stoffe** entstehen durch die Spaltung von Uran 235. Man unterscheidet drei Arten von radioaktiver Strahlung. Alpha-Strahlung sendet einen doppelpositiv-geladenen Heliumkern aus. Beim Beta-Zerfall wird ein Elektron abgegeben, bei vielen Zerfällen treten gleichzeitig auch Gamma-Strahlen auf.

Die **Halbwertszeit** gibt den Zeitpunkt an, zu dem die Hälfte eines radioaktiven Stoffes zerfällt. Diese Halbwertszeiten sind höchst unterschiedlich: Bei Jod-131 beträgt sie acht Tage, bei Jod-129 aber 15 Millionen Jahre. Die Halbwertszeit darf nicht mit dem Erlöschen der Radioaktivität verwechselt werden. Sie wird eben lediglich halbiert.

**Auswirkungen der Strahlung:** Treffen radioaktive Strahlen auf den Menschen, so zerstören oder schädigen sie Zellen, was bei hohen Strahlendosen zum Tod führt. Niedrige Dosen ziehen langfristige Schäden nach sich: Krebs, Leukämie, Veränderung der Erbanlagen usw.

Der Begriff **Grenzwert** bedeutet nicht, daß eine geringere Strahlendosis ungefährlich ist. Vielmehr meint man Strahlung bis zu dieser Grenze, um bestimmter Ziele willen, tolerieren zu können. Einen unteren Grenzwert für die durch Radioaktivität entstehende Gefährdung gibt es nicht. Jede Erhöhung der Belastung bedeutet auch eine Erhöhung der Wahrscheinlichkeit, an Spätschäden der Strahlung zu erkranken.



# AUS DER ARBEIT DER SPD - GEMEINDERATSFRAKTION

## Verkehrsfragen



### Bremst die Raserei

Angeregt wurde von uns, die Kapplerberg- und Höhrenbergstraße in Allensbach „langsamer zu machen“. Beide Straßen sind aufgrund ihrer Ausbaubreite und den Halteverböten viel zu schnell. Dabei liegen an ihr Kindergarten, Spielplatz, Arztpraxis und eben ganz natürlich "gewachsene" Spielinseln, wie zum Beispiel bei dem kleinen Gemeindeparkplatz in der Nähe der St. Annagasse. Auch Schulkinder benutzen beide Straßen als Schulweg. Vorgeschlagen haben wir eine Zonengeschwindigkeitsbegrenzung (30 kmh), großflächig auf die Straße gemalte Verkehrsschilder für Kindergarten und Spielplatz. Zudem Verengungen durch Blumen- und Pflanzenbeete. Es wurde von Bürgermeister Kennerknecht zugesagt, demnächst im Gemeinderat darüber zu diskutieren.

### Wohin mit dem Laub?

Tschernobyl ist noch lange nicht überwunden. Nun weiß man, daß sogar das Laub verseucht ist. In Hessen warnte das Umweltministerium davor, das Laub zu kompostieren und später im Gemüse- und Obstgartenbau den Humus zu verarbeiten. Allenfalls für Blumenrabatten und zur Rasenpflege sei er zu gebrauchen. Da in unserer Region die Verseuchung viel höher ist als in Hessen, wollten wir genau wissen, was mit dem Laub geschehen soll. Wir beauftragten die Verwaltung, sich darüber sachkundig zu machen, beim Landratsamt, an der Universität und beim Kompostwerk in Singen. Die Antwort vom Landratsamt war wieder mal recht enttäuschend. Bis jetzt sei das Laub in unserer Region nicht untersucht worden, und man habe keine Vorstellung, wie man vorgehen solle. Die Universität ist mit Lebensmitteluntersuchungen voll ausgelastet, und vom Kompostwerk Singen steht die Antwort noch aus. So bleibt der Bürger mal wieder sich selbst überlassen.

## Umweltfragen



## Unzumutbar – dehnbar wie Gummiband?

Die alte Fachwerkscheune im Kaltbrunner Ortskern wird nun wohl bald abgebrochen werden. Vor einem Jahr noch hatte die Denkmalbehörde des Landratsamtes verlangt, daß Erhaltungsmaßnahmen umgehend durchzuführen seien. Doch aufgrund des Widerspruchs des Eigentümers kam das Regierungspräsidium Freiburg jetzt zu der Überzeugung, die Sanierung des jahrelang dem Verfall preisgegebenen Gebäudes sei dem Besitzer "nicht zuzumuten".

Nach welchen Kriterien diese Entscheidung vorgenommen wurde, bleibt im Dunkeln. Werden da eigentlich die persönlichen finanziellen Möglichkeiten erörtert, der Besitzer in Augenschein genommen oder eben das Objekt taxiert?

Der Gemeinderat stimmte vor kurzem dem Abrißgesuch mehrheitlich zu, bei 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung. Aber vielen Bürgerinnen und Bürgern in der Gemeinde will dies nicht so recht in den Kopf:

Auf der einen Seite werden alte Wohnhäuser dorfgerecht saniert, bei Neubauten wird drauf geachtet, daß sie ins "Bild" passen. Aber wenn es darum geht, ein altes und außer Frage interessantes Wirtschaftsgebäude zu erhalten – im Elsaß oder in Südtirol würde ein solches Gebäude wenigstens in ein Freilandmuseum übertragen –, dann greift man mit dem Einverständnis der Behörden zur Spitzhacke.

Voraussetzung dafür: Man braucht nur lange genug zu warten, evtl. noch ein bißchen nachhelfen. Wenn dann so ein altes Haus baufällig genug geworden ist, ist der Freifahrtschein "UNZUMUTBAR" zu bekommen. Danach kann abgerissen und drauflosgebaut werden; mit ein paar Holzbalken am Haus, einem Erker und einem Vordächle – damit es ins Dorfbild paßt.

### Und da wäre noch ...

In Freudental steht ein weiteres Denkmalschutzobjekt: das quittengelbe, barocke Schlößchen, um das Jahr 1700 erbaut. Der Besitzer, Finanzmakler F.J. Schmidt, wollte vor vier Jahren das Gebäude schon renovieren lassen. Damals sollte er 1,05 Mio. für die denkmalpflegerischen Mehrausgaben erhalten, und Landrat Maus hatte sich über die von Schmidt "eingeleiteten konkreten Schritte" zur Erhaltung des Kulturdenkmals bereits öffentlich gefreut. Doch Schmidt legte sich wegen der Einzäunung des Grundstücks mit der Gemeinde an, steckte alle Baupläne beiseite und erreichte damit den weiteren Verfall des Schlößchens.

Jetzt – so die Auskunft des Landratsamtes – werde mit dem Renovieren begonnen. Schmidt hat für die denkmalpflegerischen Mehrausgaben einen Zwei-Millionen-Zuschuß so gut wie in der Tasche. Doch was ist, wenn die übrigen Kosten Schmidts Finanzkraft – seiner Meinung nach – übermäßig strapazieren?

Erhält er dann auch amtlicherseits die Bestätigung "UNZUMUTBAR"?



# Auf dem einen Ohr taub?

"Hochzufrieden" und "äußerst zufrieden" kehrte nach eigenen Worten die Delegation der Befürworter der Hochspannungstrasse aus Bonn zurück. CDU-Bundestagsabgeordneter Repnik hatte dazu eingeladen. Prominentestes Mitglied - außer den beiden Bürgermeistern Kennerknecht und Reisbeck - war Frau Noelle-Neumann, bekannt für ihren direkten CDU-Draht nach Bonn.

Kann man wirklich von Bonn "zufrieden" gen Allensbach zurückfahren, wenn man gehört hat, daß sich die "hochkarätigen Bonner Politiker" gegen Tunnellösungen (Grünbrücken oder Tröge) ausgesprochen haben? Denn sieht nicht auch ihr eigener Straßenplan (Schmidt-Plan) Tunnellösungen vor? Hat nicht Staatssekretär Schöttle vom Umweltministerium des Landes Baden-Württemberg klar und deutlich gesagt, daß aus Umweltgründen die Hochspannungstrasse vier Grünbrücken benötige? Und daß sie ohne diese Grünbrücken überhaupt nicht realisiert werden könne? Schöttle wörtlich: "Ohne die läuft da nichts!".

Zur Veranschaulichung muß man wissen, daß jede dieser vier erforderlichen Grünbrücken etwa eine Länge haben müßte wie die Grünbrücke vor Hegne, die Schöttle im Falle des Ausbaus der B33 vorgeschlagen hat.

Wir haben schon vor langer Zeit im Zusammenhang mit unseren Vorstellungen von einer menschen- und umweltschonenden Bundesstraße - sofern diese Worte überhaupt bei einem Straßenbau zutreffen können - im Gemeinderat gefordert, genaue Vorgaben zum Lärmschutz an Bund und Land zu schicken. Doch dies wurde von CDU und FW abgelehnt. Wir jedenfalls werden uns weiterhin für eine südlich geführte Straße einsetzen und zwar auf der Grundlage des Heier-Plans - mit Tunnel-lösungen.

Hoffentlich bestätigen sich nicht unsere aufkommenden Befürchtungen, daß die Befürworter der Hochspannungstrasse die Straße im Süden "nur weghaben wollen" - ohne Rücksicht darauf, wie es dann später einmal im Norden auf dem Bodanrück aussehen würde.



## IMPRESSUM:

Hrsg.: SPD-Ortsverein  
Allensbach  
Red.: Christa Ulmer  
Rosemarie Frei  
Heinz Baumann  
Rainer Heidenreich  
Anschrift der Redaktion:  
Wiesenstr. 11  
7753 Allensbach  
Druck: Romer, KN

## **Verwirrspiel des Hochspannungstrassen-Vorstandes geht weiter:**

Neueste Widersprüche:

- bisher verkündete der Vorstand:

"...daß die Hochspannungstrasse in möglichst gerader Linie beim Konstanzer Umspannwerk an die von Konstanz geplante Nordumfahrung bzw. Westtangente angeschlossen und nach Konstanz weitergeführt werden kann" (siehe schriftl. Erläuterung von H. Schmidt zu seinem Plan)

- jetzt liest man im Südkurier v. 12.11.86:

"Die Bürgerinitiative jedenfalls habe nie eine vierspurige Fortsetzung auf der Trasse der Westtangente gefordert."

Haben diese Befürworter vergessen, daß sie Herrn Staatssekretär Schöttle bei der jüngsten Trassenbegehung die Weiterführung der B33 neu in die Westtangente als gute Lösung vorgestellt haben?

**Wußten Sie, daß ...**

dieser Vorstand auch weiterhin behauptet, daß...die Hochspannungstrasse (laut Schmidt-Plan) über 3,8 (ca. vier) Kilometer die bestehende Waldschneise der vorhandenen Hochspannungsleitung voll nutzen kann.

**Diese Behauptung (ein wichtiges Argument der Befürworter) ist falsch!**

Laut Schmidt-Plan könnte die vorhandene Waldschneise bestenfalls auf eine Länge von 900 m mitverwendet werden. Berücksichtigt man jedoch, daß beim Bau dieser Trasse mindestens 6 Hochspannungsmasten versetzt werden müßten und hierbei wieder neue Waldschneisen geschlagen werden müßten, so wird noch deutlicher klar, daß oben genannte Argumente nur zur Täuschung der Bevölkerung dienen.



## **Letzte Meldung**

Zur Zeit läuft das Planfeststellungsverfahren für die Bundesstrasse B 31 im Raum Eriskirch. Eingeplant ist eine Grünbrücke von 240 m Länge.

...weder Dichtbesiedelung noch Gebirgsregionen gibt es dort! Hätte nicht unser Bürgermeister, der ja aus Eriskirch stammt, dem Herrn Staatssekretär Dr. Schulte in Bonn gleich dieses Beispiel nennen können, um zu beweisen, daß eben Grünbrücken sehr wohl in solchen Landschaften gebaut werden? Hat doch der Landtag und Bundestag wegen der Petition der "Bürgerinitiative für die Erhaltung des Bodanrücks" beschlossen, daß für die empfindliche Bodanrücklandschaft ein besonderer Modellcharakter des Straßenbaus angemessen ist.